

Reckin

Das 1 x 1 des RVG

AnwaltsGebühren

Das 1 x 1 des RVG

Grundlagen, Fragen und Antworten,
BGH-Rechtsprechung

2. Auflage 2023

Von

Rechtsanwältin
Sabrina Reckin, Berlin



DeutscherAnwaltVerlag

Zitiervorschlag:

Reckin, Das 1 x1 des RVG, § 1 Rn 1

Hinweis

Die Ausführungen und Berechnungen in diesem Werk wurden mit Sorgfalt und nach bestem Wissen erstellt. Sie stellen jedoch lediglich Arbeitshilfen und Anregungen für die Lösung typischer Fallgestaltungen dar. Die Eigenverantwortung für die Formulierung von Verträgen, Verfügungen und Schriftsätzen sowie für eigene Berechnungen trägt der Benutzer. Autorin und Verlag übernehmen keinerlei Haftung für die Richtigkeit und Vollständigkeit der in diesem Buch enthaltenen Ausführungen und Berechnungen.

Anregungen und Kritik zu diesem Werk senden Sie bitte an
kontakt@anwaltverlag.de

Autorin und Verlag freuen sich auf Ihre Rückmeldung.

Copyright 2023 by Deutscher Anwaltverlag, Bonn

Satz: PMGi – Agentur für intelligente Medien GmbH, Hamm

Druck: Hans Soldan Druck GmbH, Essen

Umschlaggestaltung: gentura, Holger Neumann, Bochum

ISBN 978-3-8240-1695-2

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronische Systeme.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Vorwort

Das anwaltliche Gebührenrecht gehört zum unabdingbaren Pflichtrepertoire jeder Rechtsanwältin und jedes Rechtsanwalts. Nicht nur, weil es die wirtschaftliche Grundlage der beruflichen Tätigkeit bildet und es sich kaum einer leisten kann, Gebühren zu verschenken. Sondern auch, da eine falsche Abrechnung oder das Unterlassen von Belehrungen – in jüngster Zeit zunehmend – schnell unangenehme, auch strafrechtliche Konsequenzen haben können. In der Praxis gehört die Abrechnung für viele allerdings zu einer ungeliebten Nebentätigkeit, der nur wenig Zeit gewidmet wird, oder die, mit Ausnahme der Unterschrift, ganz den Angestellten überlassen wird. Immer häufiger kommt es dabei zu Konflikten mit Mandanten nach Abschluss des Mandats, die teilweise mehr Zeit in Anspruch nehmen als das Mandat selbst.

Dabei wird oft unterschätzt, dass das Vergütungsrecht ein eigenes Rechtsgebiet, das RVG ein Gesetz wie jedes andere ist und daher – auch in eigener Angelegenheit – mit derselben Sorgfalt bearbeitet werden sollte. Immerhin hat eins der vielfältigen RVG-Kommentare inzwischen fast so viele Seiten wie der *Grüneberg*.

Dieses Buch kann und soll keinen – in jedes Büro gehörenden – RVG-Kommentar ersetzen. Im Alltag fehlt jedoch in der Regel die Zeit, vor jeder Abrechnung einen Blick in die umfangreichen Darstellungen zu werfen. Die Erfahrung aus der früheren Rechtspflegertätigkeit im Bereich Beratungshilfe und Kostenfestsetzung sowie als Referentin im Bereich Vergütungsrecht beim DAV zeigt aber, dass ein Großteil der Schwierigkeiten auf denselben Ursachen basiert. Als kleiner kompakter Praxisratgeber für den Alltag soll das Buch daher allen, die im Bereich des anwaltlichen Vergütungsrechts unterwegs sind, dabei helfen, schneller zu erkennen, wo der Hase im Pfeffer begraben liegen könnte, und so die häufigsten Irrwege im Gebührenlabyrinth zu vermeiden. Die Mischung aus den wichtigsten Grundlagen der Vergütungsabrechnung, den Antworten auf häufig gestellte Abrechnungsfragen sowie den wichtigsten BGH-Entscheidungen wird dazu beitragen, die größten Fettnäpfchen zu umgehen und bei den ganzen Detailfragen insbesondere den Blick für die wesentlichen Punkte nochmals zu schärfen. Oft lassen sich dadurch Missverständnisse sowie zeit- und nervenaufreibende Gebührenstreitigkeiten ersparen. Es soll außerdem dazu ermutigen, sich wie in anderen Rechtsgebieten mit Kolleg:innen auszutauschen, denn Sie werden feststellen: Mit Ihren Fragen sind Sie meist nicht allein.

Berlin, Oktober 2022

Sabrina Reckin

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Literaturverzeichnis	21
§ 1 Einleitung	23
A. Allgemeines	23
B. A und O der Abrechnung: Der Auftrag	23
C. Anfall der Gebühren und Erstattung	24
§ 2 Allgemeiner Teil	27
A. Auftrag	27
I. Vollmacht ist kein Beweis	27
II. Darlegungs- und Beweislast	27
B. Angelegenheit	28
I. Begrifflichkeit	29
1. Gerichtliches Verfahren	29
2. Außergerichtliche Tätigkeit	30
a) Definition des BGH	30
b) Abgrenzung zum Gegenstand	31
II. Auftrag	31
III. Erstattung	32
C. Gegenstandswert	33
I. § 23 Abs. 1 RVG	34
1. GKG (teilweise i.V.m. ZPO)	35
a) Allgemeine Wertvorschriften	35
b) Besondere Wertvorschriften	35
aa) Verweis auf §§ 3 bis 9 ZPO	35
bb) § 52 GKG	36
cc) Streitwertkataloge	36
2. FamGKG	36
3. GNotKG	37
II. Besondere Wertvorschriften des RVG	37
III. § 23 Abs. 3 RVG	37
1. Verweis auf GNotKG	37
2. Billiges Ermessen	37
IV. Wertfestsetzung	38
1. § 32 RVG – Bindungswirkung	38
2. § 33 RVG – Antrag	39

D. Anrechnung	40
I. § 15a Abs. 1 RVG	40
II. Voraussetzungen	41
III. Kettenanrechnung	42
IV. § 15a Abs. 2 RVG – Anrechnung mehrerer Gebühren auf dieselbe Gebühr	42
V. Vergütungsvereinbarung	43
VI. § 15a Abs. 3 RVG – Erstattung	44
1. Festsetzung	44
a) Vergleich	45
b) Anwaltswechsel	45
c) Vergütungsvereinbarung	46
2. Rechtsschutzversicherung	47
3. Staatskasse	47
4. Obergrenze	47
E. Mehrere Auftraggeber / Streitgenossen	48
I. Erhöhung nach Nr. 1008 VV RVG	48
II. Wertaddition nach § 22 RVG	50
III. Unterschiedliche Beteiligung mehrerer Auftraggeber	50
IV. Erstattung	51
1. Gegner	51
2. Prozesskostenhilfe	51
F. Beratung	52
I. Keine gesetzliche Gebühr	53
II. Bemessung	53
1. Deckelung bei Verbraucher	54
2. Billigkeit	54
III. Anrechnung	56
IV. Entwurf von Testamenten, Urkunden und Schreiben	56
V. Erstattung	57
G. Einigungs- und Erledigungsgebühr	58
I. Einigungsgebühr	59
1. Voraussetzungen	59
a) Streit oder Ungewissheit über ein Rechtsverhältnis	59
b) Zahlungsvereinbarung	60
c) Form und Inhalt	60
d) Mitwirkung	61
2. Höhe	61
a) Quote	61
b) Gegenstandswert	62
3. Erstattung	63

II. Erledigungsgebühr	63
1. Voraussetzungen	63
a) Mit Rechtsbehelf angefochtener Verwaltungsakt	64
b) Mitwirkung	64
2. Höhe	65
H. Geschäftsgebühr	66
I. Anwendungsbereich	66
1. Tätigkeiten	66
2. Abgrenzung: Der Auftrag	66
3. Mitwirkung an der Gestaltung eines Vertrages	68
II. Höhe	69
1. Einfaches Schreiben	69
2. Bemessung	69
a) § 14 RVG	69
b) Toleranzrechtsprechung	70
c) Schwellenwert	70
3. Inkassodienstleistungen	71
I. Verfahrensgebühr	72
I. Anwendungsbereich	72
II. Höhe	73
1. Feste Gebührensätze	73
2. Vorzeitige Beendigung / beschränkter Auftrag	73
3. Rahmengebühren	74
III. Erstattung	74
1. Entstehen der Gebühr	75
2. Notwendigkeit der Kosten	75
J. Terminsgebühr	77
I. Keine Terminsgebühr neben der Geschäftsgebühr	77
II. Voraussetzungen	78
1. Termine und Besprechungen	78
a) Gerichtliche Termine	79
b) Besprechungen	79
2. (Fiktive) Terminsgebühr	79
a) Vorgeschriebene mündliche Verhandlung	80
b) Beendigungsalternativen	80
III. Höhe	80
K. Mehrvergleich	81
I. Nicht anhängige Ansprüche	81
II. Anderweitig anhängige Ansprüche	82

III. Erstattung	83
1. Kosten des Vergleichs	83
2. Prozesskostenhilfe	84
3. Rechtsschutzversicherung	84
L. Terminsvertreter	85
I. Auftrag im eigenen Namen des Hauptbevollmächtigten	86
II. Auftrag im Namen des Mandanten	86
III. Erstattung	87
M. Straf- und Bußgeldsachen	88
I. Angelegenheit	88
II. Grund- und Verfahrensgebühr	89
III. Terminsgebühr	89
IV. Zusätzliche Gebühren	90
V. Höhe	90
VI. Pflichtverteidiger	90
1. Umfang der Beiordnung	90
2. Zahlungen	91
N. Auslagen	91
I. Nr. 7000 VV RVG	92
1. Anfall	92
2. Erstattung	92
II. Reisekosten	93
1. Anfall	93
2. Erstattung	93
III. Umsatzsteuer	94
1. Anfall	94
2. Erstattung	95
O. Geltendmachung der Vergütung	95
I. Ordnungsgemäße Berechnung	96
1. Eigenhändige Unterschrift	96
2. Inhalt	96
3. Mehrere Auftraggeber	96
II. Vorschuss	97
III. Festsetzung	97
1. §§ 104, 106 ZPO	98
2. § 126 ZPO	99
3. § 55 RVG	99
4. § 11 RVG	100
P. Beratungs- und Prozesskostenhilfe	101
I. Beratungshilfe	101
1. Bewilligung	101
2. Vergütung	102

II. Prozess-/Verfahrenskostenhilfe	103
1. Bewilligung	103
2. Vergütung	104
3. Überprüfungsverfahren	105
Q. Rechtsschutzversicherung	106
I. Deckungsanfrage	106
II. Deckungsschutz und Deckungsumfang	107
III. Abrechnung	107
R. Vergütungsvereinbarung	108
I. Inhalt	109
II. Gesetzliche Grundlagen	110
III. Folgen eines Verstoßes und Darlegungslast	111
IV. Erfolgshonorar und Prozessfinanzierung	112
1. Erfolgshonorar	112
2. Prozessfinanzierung	113
a) eigene Finanzierung	113
b) Fremdfinanzierung	114
§ 3 Die häufigsten Abrechnungsfragen	115
A. Einführung	115
B. Angelegenheit	115
I. Vertretung mehrerer Unfallgeschädigter	115
II. Vertretung Kläger und Drittwiderbeklagter	118
III. Vertretung Mitglieder einer Bedarfsgemeinschaft	119
IV. Verbindung von Verfahren	121
V. Aussetzung der Vollziehung	122
VI. Teilweise vorgerichtliche Erfüllung	123
C. Anrechnung	124
I. Anrechnung mehrerer Geschäftsgebühren aus Teilwerten auf eine Verfahrensgebühr aus dem Gesamtwert	124
II. Anrechnung einer Geschäftsgebühr auf mehrere Verfahrens- gebühren	125
III. Anrechnung nach Vorbem. 3 Abs. 4 VV RVG bei Vergütungs- vereinbarung	126
IV. Kettenanrechnung	127
V. Anrechnung sozialrechtliches Widerspruchsverfahren und einstweiliger Rechtsschutz	128
D. Auswärtiger Rechtsanwalt	129
I. Terminsvertreter	129
II. Vorzeitige Beendigung beim Terminsvertreter	131
III. Reisekosten eines Rechtsanwalts am dritten Ort	131

E. Beratungs- und Prozesskostenhilfe	132
I. Aufrechnung	132
II. Anzahl der Angelegenheiten in der Beratungshilfe bei Trennung und Scheidung	133
III. Anrechnung von Zahlungen Dritter bei Beratungshilfe	134
IV. Anrechnung von Zahlungen des Mandanten bei Prozesskostenhilfe .	136
V. Erstreckung Prozesskostenhilfe/Verfahrenskostenhilfe bei Mehrver- gleich	137
VI. Teilweise Bewilligung von Prozesskostenhilfe, Klage nur in Höhe der Bewilligung	139
VII. Teilweise Bewilligung von Prozesskostenhilfe, Klage dennoch in voller Höhe	141
VIII. Prozesskostenhilfe für einzelne Streitgenossen	142
IX. Beteiligung im PKH-Überprüfungsverfahren	143
X. Beiordnung eines außerhalb des Gerichtsbezirks ansässigen Rechts- anwalts	145
F. Einigungsgebühr	145
I. Einigungsgebühr bei Zwischeneinigung in Kindschaftssachen	145
II. Einigungsgebühr bei Zahlungsvereinbarung	147
G. Gegenstandswerte	148
I. Gegenstandswert Aufrechnung	148
II. Gegenstandswert Räumungsvergleich	149
III. Gegenstandswert Totalschaden	150
IV. Gegenstandswert Überprüfung einer Betriebskostenabrechnung	151
V. Gegenstandswert im Verfahren auf Festsetzung eines Ordnungs- oder Zwangsgeldes	153
H. Geschäftsgebühr	154
I. Ärztliches Schlichtungsverfahren	154
II. Abrechnung von Verhandlungen zwischen den Instanzen	155
I. Mehrvergleich	156
I. Mitvergleichen nicht anhängiger Ansprüche	156
II. Mitvergleichen anderweitig anhängiger Ansprüche	158
III. Anrechnung der Geschäftsgebühr bei Mehrvergleich	160
IV. Kosten des Vergleichs	161
J. Straf- und Bußgeldsachen	162
I. „Wiederaufnahme“ des eingestellten Ermittlungsverfahrens	162
II. Zusatzgebühr bei Einstellung des Strafverfahrens und Übergang ins Bußgeldverfahren	162
K. Streitgenossen / Mehrere Auftraggeber	163
I. Unterschiedliche Beteiligung mehrerer Auftraggeber	163
II. Kostenerstattung bei Streitgenossen und gemeinsamem Anwalt	165

III. Kostenerstattung bei Streitgenossen und verschiedenen Prozess- bevollmächtigten	166
L. Terminsgebühr	167
I. Terminsgebühr bei schriftlichem Mehrvergleich	167
II. Terminsgebühr bei Erledigung der Hauptsache	168
III. Terminsgebühr bei Teileinspruch gegen Versäumnisurteil	168
IV. (Fiktive) Terminsgebühr in (isolierten) Versorgungsausgleichsver- fahren / Kindschaftssachen	170
V. Terminsgebühr bei schriftlichem Vergleich im sozialgerichtlichen Verfahren	171
VI. Terminsgebühr bei Teilanerkenntnis im Sozialrecht	172
M. Verfahrensgebühr	174
I. Verfahrensgebühr für Rechtsmittelgegner ohne Vertretungsanzeige .	174
II. Verfahrensgebühr bei Rechtsmittelgegner bei Rücknahme der Beru- fung	175
N. Vollstreckung	177
I. Angelegenheit bei Pfändungs- und Überweisungsbeschluss gegen mehrere Drittschuldner	177
II. Gebühren für Rechtsmittel gegen Pfändungs- und Überweisungs- beschluss	179
III. Einigungsgebühr für Zahlungsvereinbarung durch den Gerichtsvoll- zieher	180
§ 4 Höchstrichterliche Rechtsprechung zur Abrechnung	181
A. Einführung	181
B. Angelegenheit	182
I. Mehrere Abmahnungen	182
1. Leitsatz: BGH, Urt. v. 6.6.2019 – I ZR 150/18	182
2. Leitsatz: BGH, Urt. v. 22.1.2019 – VI ZR 402/17	182
3. Leitsatz: BGH, Urt. v. 27.7.2010 – VI ZR 261/09	182
4. Anmerkung	183
II. Mehrere Ansprüche	183
1. Leitsatz: BGH, Urt. v. 29.10.2020 – IX ZR 264/19	183
2. Leitsatz: BGH, Urt. v. 17.11.2015 – VI ZR 492/14	183
III. Mehrere Auftraggeber	183
1. Leitsatz: BGH, Urt. v. 21.6.2011 – VI ZR 73/10	183
2. Leitsatz: BSG, Urt. v. 2.4.2014 – B 4 AS 27/13 R	183
IV. Gerichtliche Verfahren	184
1. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 20.11.2019 – XII ZB 63/19	184
2. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 26.9.2018 – VII ZB 54/16	184
3. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 16.11.2017 – V ZB 152/16	184

C. Anrechnung	184
I. Anwaltswechsel	184
1. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 21.12.2017 – IX ZB 31/16	184
2. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 26.10.2017 – V ZB 188/16	184
3. Leitsatz: BGH, Urt. v. 21.7.2016 – IX ZR 57/15	185
4. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 10.12.2009 – VII ZB 41/09	185
II. Einstweiliges Verfügungsverfahren	185
1. Orientierungssatz: BGH, Beschl. v. 2.10.2008 – I ZB 30/08	185
2. Anmerkung	185
III. Vergütungsvereinbarung	185
1. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 18.9.2009 – VIII ZB 17/09	185
2. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 17.6.2014 – X ZB 8/13	186
3. Orientierungssatz: BGH, Beschl. v. 16.10.2014 – III ZB 13/14 ...	186
IV. Sonstige	186
1. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 28.10.2010 – VII ZB 15/10	186
2. Leitsatz: BGH, Urt. v. 24.9.2014 – IV ZR 422/13	187
3. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 28.10.2010 – VII ZB 116/09	187
4. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 29.11.2011 – XI ZB 16/11	187
5. Orientierungssatz: BGH, Urt. v. 11.7.2007 – VIII ZR 310/06	187
D. Auswärtiger Rechtsanwalt	187
I. Reisekosten	187
1. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 6.11.2014 – I ZB 38/14	187
2. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 28.9.2011 – I ZB 97/09	188
3. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 11.12.2007 – X ZB 21/07	188
4. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 16.4.2008 – XII ZB 214/04	188
5. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 20.12.2011 – XI ZB 13/11	188
6. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 25.10.2011 – VIII ZB 93/10	189
7. Leitsatz: BGH, Urt. v. 22.3.2007 – IX ZR 100/06	189
8. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 14.9.2021 – VIII ZB 85/20	189
9. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 9.5.2018 – I ZB 62/17	190
II. Terminsvertreter/Unterbevollmächtigter	190
1. Leitsatz: BGH, Urt. v. 1.6.2006 – I ZR 268/03	190
2. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 10.7.2012 – VIII ZB 106/11	190
3. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 26.2.2014 – XII ZB 499/11	190
E. Beweisverfahren	191
I. Kostenentscheidung	191
1. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 19.12.2013 – VII ZB 11/12	191
2. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 12.9.2013 – VII ZB 4/13	191
3. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 24.2.2011 – VII ZB 108/08	191
4. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 9.2.2006 – VII ZB 59/05	191

II. Kostenfestsetzung	192
1. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 27.10.2021 – VII ZB 7/21	192
2. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 8.10.2013 – VIII ZB 61/12	192
F. Einigungs- und Erledigungsgebühr	192
I. Einigungsgebühr	192
1. Leitsatz: BGH, Urt. v. 20.11.2008 – IX ZR 186/07	192
2. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 13.4.2007 – II ZB 10/06	192
3. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 28.6.2006 – VII ZB 157/05	192
4. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 17.9.2008 – IV ZB 17/08	193
II. Erledigungsgebühr	193
1. Leitsatz: BSG, Urt. v. 2.10.2008 – B 9/9a SB 5/07 R	193
2. Leitsatz: BSG, Urt. v. 7.11.2006 – B 1 KR 23/06 R	193
G. Gegenstandswert/Streitwert	193
I. Wertfestsetzung	193
1. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 20.3.2014 – IX ZB 288/11	193
2. Orientierungssatz: BVerwG, Beschl. v. 23.3.2011 – 8 C 19/09 ...	193
II. Nebenforderungen	194
1. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 4.4.2012 – IV ZB 19/11	194
2. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 7.7.2020 – VI ZB 66/19	194
3. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 30.1.2007 – X ZB 7/06	194
4. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 13.2.2007 – VI ZB 39/06	194
5. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 27.6.2013 – III ZR 143/12	195
III. Auskunft (Beschwer)	195
1. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 26.10.2011 – XII ZB 465/11	195
2. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 10.11.2021 – XII ZB 350/20	195
3. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 12.1.2022 – XII ZB 418/21	195
4. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 28.11.2012 – XII ZB 620/11	195
5. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 13.3.2014 – I ZB 60/13	196
6. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 12.10.2011 – XII ZB 127/11	196
IV. Widerklage	196
1. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 11.3.2014 – VIII ZR 261/12	196
2. Orientierungssatz: BGH, Beschl. v. 28.9.2011 – IV ZR 146/10 ...	196
3. Orientierungssatz: BGH, Beschl. v. 2.11.2005 – XII ZR 137/05 ..	197
4. Orientierungssatz: BGH, Beschl. v. 6.4.2010 – II ZR 130/08	197
V. Kündigung und Räumung einer Wohnung	197
1. Leitsatz: BGH, Urt. v. 14.3.2007 – VIII ZR 184/06	197
2. Orientierungssatz: BGH, Beschl. v. 14.12.2021 – VIII ZR 91/20 .	197
VI. Prozessvergleich	198
1. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 19.9.2012 – V ZB 56/12	198
2. Orientierungssatz: BGH, Beschl. v. 16.4.2014 – XI ZR 38/13	198

VII. Sonstiges	198
1. Leitsatz: BGH, Urt. v. 14.12.2017 – IX ZR 243/16	198
2. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 6.2.2014 – VII ZB 41/13	198
3. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 25.9.2008 – VII ZB 99/07	198
4. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 12.10.2021 – VIII ZR 255/20	198
5. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 12.3.2020 – V ZR 160/19	199
H. Geschäftsgebühr	199
I. Entstehen	199
1. Leitsatz: BGH, Urt. v. 24.2.2022 – VII ZR 320/21	199
2. Leitsatz: BGH, Urt. v. 15.4.2021 – IX ZR 143/20	199
3. Leitsatz: BGH, Urt. v. 22.2.2018 – IX ZR 115/17	200
4. Leitsatz: BGH, Urt. v. 20.5.2014 – VI ZR 396/13	200
II. Erstattung	200
1. Leitsatz: BGH, Urt. v. 7.11.2007 – VIII ZR 341/06	200
2. Leitsatz: BGH, Urt. v. 5.12.2017 – VI ZR 24/17	200
3. Leitsatz: BGH, Urt. v. 11.7.2017 – VI ZR 90/17	201
4. Leitsatz: BGH, Urt. v. 17.9.2015 – IX ZR 280/14	201
III. Bestimmung	201
1. Leitsatz: BGH, Urt. v. 10.5.2022 – VI ZR 156/20	201
2. Leitsatz: BGH, Urt. v. 11.7.2012 – VIII ZR 323/11	201
I. Festsatzung (Erstattung)	202
I. Einwendungen	202
1. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 14.5.2014 – XII ZB 539/11	202
2. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 9.7.2009 – VII ZB 56/08	202
3. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 13.4.2010 – VIII ZB 69/09	202
4. Leitsatz: BSG, Urt. v. 2.12.2014 – B 14 AS 60/13 R	203
5. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 23.3.2006 – V ZB 189/05	203
6. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 29.4.2020 – XII ZB 536/19	203
II. Kostenentscheidung	203
1. Leitsatz: BSG, Urt. v. 14.2.2013 – B 14 AS 62/12 R	203
2. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 30.7.2008 – II ZB 40/07	203
3. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 24.6.2021 – V ZB 22/20	203
4. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 13.9.2018 – I ZB 16/18	204
5. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 14.6.2017 – I ZB 1/17	204
6. Leitsatz: BVerwG, Beschl. v. 27.4.2022 – 9 KSt 10.21	204
III. Höhe	204
1. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 11.9.2012 – VI ZB 59/11	204
2. Leitsatz: BGH, Urt. v. 4.7.2013 – IX ZR 306/12	205
3. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 20.5.2014 – VI ZB 9/13	205
4. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 24.1.2018 – VII ZB 60/17	205
5. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 7.12.2010 – VI ZB 45/10	206

J. Honorar	206
I. Gesetzlich	206
1. Leitsatz: BGH, Urt. v. 24.5.2007 – IX ZR 89/06	206
2. Leitsatz: BGH, Urt. v. 19.9.2013 – IX ZR 322/12	206
3. Leitsatz: BGH, Urt. v. 29.9.2011 – IX ZR 170/10	206
4. Leitsatz: BGH, Urt. v. 16.7.2020 – IX ZR 298/19	206
5. Leitsatz: BGH, Urt. v. 7.3.2019 – IX ZR 221/18	207
6. Leitsatz: BGH, Urt. v. 19.11.2020 – IX ZR 133/19	207
7. Leitsatz: BGH, Urt. v. 22.2.2018 – IX ZR 115/17	207
8. Leitsatz: BGH, Urt. v. 7.3.2019 – IX ZR 143/18	208
9. Leitsatz: BGH, Urt. v. 10.1.2019 – IX ZR 89/18	208
II. Vereinbarung	208
1. Leitsatz: BGH, Urt. v. 25.9.2014 – 4 StR 586/13	208
2. Leitsatz: BGH, Urt. v. 22.5.2014 – IX ZR 147/12	208
3. Leitsatz: BGH, Urt. v. 16.7.2015 – IX ZR 197/14	208
4. Leitsatz: BGH, Urt. v. 4.2.2010 – IX ZR 18/09	208
5. Leitsatz: BGH, Urt. v. 5.6.2014 – IX ZR 137/12	209
6. Leitsatz: BGH, Urt. v. 3.3.2022 – IX ZR 78/20	209
7. Leitsatz: BGH, Urt. v. 13.2.2020 – IX ZR 140/19	209
8. Leitsatz: BGH, Urt. v. 3.12.2015 – IX ZR 40/15	209
9. Leitsatz: BGH, Urt. v. 10.11.2016 – IX ZR 119/14	210
10. Leitsatz: BGH, Urt. v. 13.12.2018 – IX ZR 216/17	210
11. Leitsatz: BGH, Urt. v. 22.10.2015 – IX ZR 100/13	210
K. Prozesskostenhilfe	210
I. Bewilligung	210
1. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 17.10.2013 – III ZA 274/13	210
2. Leitsatz: BAG, Beschl. v. 17.2.2011 – 6 AZB 3/11	211
3. Leitsatz: BAG, Beschl. v. 8.9.2011 – 3 AZB 46/10	211
4. Leitsatz: BVerwG, Beschl. v. 9.6.2008 – 5 B 204/07	211
5. Orientierungssatz: BAG, Beschl. v. 30.4.2014 – 10 AZB 13/14 ..	211
6. Orientierungssatz: BGH, Beschl. v. 21.11.2013 – III ZA 28/13 ...	211
II. Aufhebung	212
1. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 8.9.2011 – VII ZB 63/10	212
2. Orientierungssatz: BAG, Beschl. v. 19.7.2006 – 3 AZB 18/06	212
3. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 16.1.2013 – IV ZB 32/12	212
L. Rechtsschutzversicherung	213
I. Versicherungsfall	213
1. Leitsatz: BGH, Urt. v. 25.2.2015 – IV ZR 214/14	213
2. Leitsatz: BGH, Urt. v. 5.11.2014 – IV ZR 22/13	213
3. Leitsatz: BGH, Urt. v. 24.4.2013 – IV ZR 23/12	213
4. Leitsatz: BGH, Urt. v. 3.7.2019 – IV ZR 111/18	214
5. Leitsatz: BGH, Urt. v. 2.4.2014 – IV ZR 124/13	214

II. Deckung	214
1. Leitsatz: BGH, Urt. v. 25.5.2011 – IV ZR 59/09	214
2. Leitsatz: BGH, Urt. v. 19.12.2012 – IV ZR 213/11	214
3. Leitsatz: BGH, Urt. v. 4.5.2005 – IV ZR 135/04	214
4. Leitsatz: BGH, Urt. v. 14.9.2005 – IV ZR 145/04	214
5. Leitsatz: BGH, Urt. v. 16.9.2021 – IX ZR 165/19	215
M. Streitgenossen / Mehrere Auftraggeber	215
I. Gemeinsamer Rechtsanwalt	215
1. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 20.2.2006 – II ZB 3/05	215
2. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 30.4.2003 – VIII ZB 100/02	215
II. Verschiedene Prozessbevollmächtigte	216
1. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 13.10.2011 – V ZB 290/10	216
2. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 16.5.2013 – IX ZB 152/11	216
3. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 19.9.2017 – VI ZB 72/16	216
4. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 20.1.2004 – VI ZB 76/03	216
5. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 27.1.2011 – III ZB 97/09	216
III. Erhöhung nach Nr. 1008 VV RVG	217
1. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 19.10.2006 – V ZB 91/06	217
2. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 23.5.2019 – V ZB 196/17	217
3. Leitsatz: BSG, Urt. v. 27.9.2011 – B 4 AS 155/10 R	217
4. Leitsatz: BSG, Urt. v. 21.12.2009 – B 14 AS 83/08 R	217
N. Terminsgebühr	217
I. Besprechungen	217
1. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 6.3.2014 – VII ZB 40/13	217
2. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 13.12.2011 – II ZB 4/11	218
3. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 20.11.2006 – II ZB 9/06	218
4. Leitsatz: BGH, Urt. v. 8.2.2007 – IX ZR 215/05	218
5. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 27.2.2007 – XI ZB 38/05	218
6. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 9.5.2017 – VIII ZB 55/16	218
II. Termin	218
1. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 18.7.2006 – XI ZB 41/05	218
2. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 7.6.2006 – VIII ZB 108/05	218
3. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 24.1.2007 – IV ZB 21/06	219
4. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 31.8.2010 – X ZB 3/09	219
5. Leitsatz: BVerwG, Beschl. v. 11.2.2010 – 9 KSt 3/10	219
III. Festsetzung	219
1. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 10.5.2007 – VII ZB 110/06	219
2. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 11.6.2008 – XII ZB 11/06	219
3. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 20.11.2006 – II ZB 6/06	220
IV. Schriftliches Verfahren	220
1. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 7.5.2020 – V ZB 110/19	220
2. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 25.9.2007 – VI ZB 53/06	220

3. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 22.2.2007 – VII ZB 101/06	220
4. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 10.7.2006 – II ZB 28/05	220
5. Leitsatz: BAG, Beschl. v. 20.6.2006 – 3 AZB 78/05	221
6. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 24.1.2017 – VI ZB 21/16	221
7. Anmerkung	221
O. Verfahrensgebühr	221
I. Nichtzulassungsbeschwerde	221
1. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 1.2.2007 – V ZB 110/06	221
2. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 15.10.2013 – XI ZB 2/13	221
3. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 10.7.2012 – VI ZB 7/12	222
II. Entstehen	222
1. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 15.8.2013 – I ZB 68/12	222
2. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 25.10.2012 – IX ZB 62/10	222
III. Erstattung	222
1. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 23.10.2013 – V ZB 143/12	222
2. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 10.11.2009 – VIII ZB 60/09	222
3. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 8.11.2017 – VII ZB 81/16	223
4. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 2.7.2009 – V ZB 54/09	223
5. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 2.10.2008 – I ZB 111/07	223
6. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 7.2.2018 – XII ZB 112/17	223
7. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 13.7.2010 – VI ZB 61/09	224
P. Vollstreckung	224
I. Angelegenheit	224
1. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 12.12.2003 – IXa ZB 234/03	224
2. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 24.9.2004 – IXa ZB 115/04	224
3. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 10.3.2011 – VII ZB 3/10	224
4. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 28.1.2010 – VII ZB 74/09	225
5. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 18.7.2019 – I ZB 104/18	225
6. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 20.9.2018 – I ZB 120/17	225
7. Orientierungssatz: BGH, Beschl. v. 20.2.2020 – I ZB 68/19	225
II. Erstattung	225
1. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 20.12.2006 – VII ZB 54/06	225
2. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 24.1.2006 – VII ZB 74/05	226
3. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 9.7.2014 – VII ZB 14/14	226
4. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 5.6.2014 – VII ZB 21/12	226
III. Gebühren	226
1. Leitsatz: BGH, Urt. v. 13.1.2011 – IX ZR 110/10	226
2. Leitsatz: BGH, Beschl. v. 15.3.2007 – V ZB 77/06	226
Stichwortverzeichnis	227

Literaturverzeichnis

Gerold/Schmidt, Rechtsanwaltsvergütungsgesetz, Kommentar, 25. Auflage 2021
(zit.: *Gerold/Schmidt/Bearbeiter*)

Mayer/Kroiß (Hrsg.), Rechtsanwaltsvergütungsgesetz, Handkommentar, 8. Auflage
2021 (zit.: *Mayer/Kroiß/Bearbeiter*)

Schneider, Fälle und Lösungen zum RVG, 5. Auflage 2019

Schneider/Kurpat, Streitwert-Kommentar für den Zivilprozess und FamFG-Verfahren, 15. Auflage 2021

Schneider/Volpert/Fölsch (Hrsg.), Gesamtes Kostenrecht, Kommentar, 3. Auflage
2021 (zit.: *NK-GK/Bearbeiter*)

Schneider/Volpert (Hrsg.), AnwaltKommentar RVG, 9. Auflage 2021 (zit.: *AnwK-
RVG/Bearbeiter*)

Toussaint, Kostenrecht, Kommentar, 51. Auflage 2021

§ 1 Einleitung

A. Allgemeines

Fast jeder Anwalt und jede Anwältin kennt das: Der Mandant sitzt aufgeregt auf dem Stuhl, erzählt einem Wasserfall gleich von seinen Sorgen und bittet: „Machen Sie was“. Nachdem mühsam aus dem Meer der – meist weniger relevanten – Informationen die rechtlich wichtigen ermittelt werden konnten, stürzt man sich in die juristische Bearbeitung des Falles. Und oft stellt sich erst nach Abschluss des Falles die Frage: Was kann ich eigentlich dafür abrechnen? Warum weigert sich der Gegner, die in Ansatz gebrachte Vergütung in voller Höhe zu zahlen?

Zu diesem Zeitpunkt ist das Kind auf dem Weg zur korrekten Abrechnung manchmal schon in den Brunnen gefallen, denn da liegt eine der Hauptursachen zahlreicher Abrechnungsprobleme. Um viele Fehlerquellen und Missverständnisse bei der Abrechnung der Vergütung gegenüber dem Mandanten und Dritten zu vermeiden, sollte man zwei Dinge im Hinterkopf haben:

- die grundlegende Bedeutung des Mandantenauftrags und
- den Unterschied zwischen Anfall der Gebühren nach dem RVG sowie der Erstattung.

B. A und O der Abrechnung: Der Auftrag

Um den wichtigsten Aspekt und die Lösung vieler Rätsel bereits vorwegzunehmen: **Die Grundlage jeglicher Gebührenberechnung ist der Mandantenauftrag.** Dieser Punkt mag vielleicht zunächst nach einer Selbstverständlichkeit klingen, in der Praxis zeigt sich aber, dass die Unklarheit über den Auftrag eine der häufigsten Ursachen für Probleme bei der Gebührenabrechnung oder von Konflikten mit dem Mandanten ist.

Häufig schildert der Mandant sein Problem, der Anwalt stürzt sich in die teilweise sehr umfangreiche Arbeit und am Ende, nach mehr oder weniger erfolgreichem Abschluss der Angelegenheit, stellt sich für ihn oder oft auch die Rechtsanwaltsfachangestellte die Frage, was die ganze Arbeit nun eigentlich in die Kasse gebracht hat. Die Antwort gestaltet sich meist dann besonders schwierig, wenn es sich bei dem Gegenstand der Tätigkeit beispielsweise um eine unbezifferte Forderung handelte, die begehrte Auskunft ergab, dass dem Mandanten nur geringe bzw. gar keine Ansprüche zustehen, oder sich die Angelegenheit über längere Zeit hinzog und weitere Tätigkeiten oder ein weiterer Auftraggeber hinzukamen. Treten dann Abrechnungsschwierigkeiten auf und fragt man auf der Suche nach der Lösung des Problems nach dem erteilten Auftrag, erhält man häufig als Antwort eine Zusammenfassung der zahlreichen ausgeübten Tätigkeiten. Auch bei Nachfrage bereitet es oft Schwierigkeiten, **mit wenigen Worten den Auftrag des Mandanten zusammenzufassen.**

1

2

3

- 4 Dies ist jedoch umso entscheidender, als nach dem RVG genau dieselbe Tätigkeit je nach konkret erteiltem Auftrag vollkommen verschiedene Gebühren auslösen kann. So kämen beispielsweise bei ein und demselben Schreiben eine Geschäftsgebühr nach Nrn. 2300 oder 2301 VV RVG in Betracht, ggf. aber auch eine Verfahrensgebühr nach Nrn. 3101 i. V.m. 3100 VV RVG. Das Telefonat mit der Gegenseite nach bisher erfolgloser außergerichtlicher Geltendmachung einer Forderung könnte noch durch die Geschäftsgebühr mit abgegolten sein, vielleicht aber auch eine Terminsgebühr ausgelöst haben und bei Vertretung mehrerer Mandanten stellt sich die Frage, ob jeweils gesonderte Gebühren abgerechnet werden können oder diese nur einmal anfallen mit entsprechender Erhöhung wegen mehrerer Auftraggeber. Einen erheblichen Unterschied für den Anwalt macht es auch, ob sich der Wert des geltend gemachten Auskunfts- und zunächst unbezifferten Leistungsanspruchs auf 500 EUR oder 5.000 EUR beläuft. **Ohne Kenntnis des Auftrags des Mandanten lassen sich diese Fragen jedoch kaum beantworten.**

C. Anfall der Gebühren und Erstattung

- 5 Eine weitere Ursache zahlreicher Streitigkeiten liegt darin, dass nicht hinreichend zwischen zwei verschiedenen Aspekten der Abrechnung unterschieden wird: dem **Anfall der Gebühren nach dem RVG aufgrund des Mandatenauftrags und der Erstattungspflicht durch Dritte**, sei es der Gegner, die Staatskasse oder eine Rechtsschutzversicherung. Nicht immer ist der Dritte auch verpflichtet, alle nach dem RVG angefallenen Gebühren zu erstatten. Man sollte daher immer im Hinterkopf haben, dass im Rahmen der Erstattung – mit Ausnahme von Prozesskosten- und Beratungshilfe – der Anwalt keinen eigenen Anspruch, nämlich seine Gebühren, geltend macht, sondern einen Schadensersatzanspruch des Mandanten.
- 6 Um Missverständnissen im Rahmen der Kommunikation wegen einer Gebührenabrechnung vorzubeugen, sollte man sich daher **immer vor Augen halten, wer gerade Adressat der Abrechnung ist** und ob es tatsächlich um die Frage des Anfalls der Vergütung oder doch eher um deren Erstattungsfähigkeit geht. Zur Vermeidung von Konflikten mit dem Mandanten sollte diesem bereits zu Beginn des Mandats verdeutlicht werden, dass in aller Regel er der Kostenschuldner für die anfallende Vergütung ist, unabhängig davon, ob und in welcher Höhe die Gebühren durch einen Dritten zu tragen sind oder gezahlt werden.
- 7 Die Erstattung der angefallenen Vergütung nach dem RVG durch den **Gegner** setzt einen materiell-rechtlichen oder prozessualen Ersatzanspruch des Mandanten voraus. Nicht immer, wenn der Mandant in voller Höhe obsiegt, erhält er auch alle Kosten erstattet. Die Erstattung der außergerichtlichen Geschäftsgebühr erfordert einen Schadensersatzanspruch des Mandanten nach §§ 249 ff. BGB, z.B. aus Verzug oder Vertragsverletzung. Die Prüfung der Frage, ob diese mit einer Klage auch geltend gemacht werden soll oder zu Unrecht außergerichtlich zurückgewiesen wurde, ist daher Aufgabe des Anwalts. Auch im gerichtlichen Verfahren hat nach

§ 91 ZPO die unterliegende Partei nur die Kosten des Rechtsstreits zu tragen, soweit sie zur zweckentsprechenden Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung notwendig waren.

Im Rahmen der **Beratungs- und Prozesskostenhilfe** kommt es ebenfalls häufig zu Schwierigkeiten, da trotz Bewilligung die abgerechnete Vergütung nicht in voller Höhe festgesetzt werden soll. Die Erfahrung zeigt, dass oft nach Fehlern beim Ansatz der Gebührentatbestände gesucht wird, das eigentliche Problem aber in der Erstattungsfähigkeit liegt. Ist man sich dessen nicht bereits zu Beginn des Mandats bewusst, kann dies besonders ärgerlich sein, da man die Differenz nicht ohne Weiteres mit dem Mandanten abrechnen kann. Klassiker sind hier im Rahmen der Beratungshilfe die Übernahme der entstandenen Geschäftsgebühr und die Abrechnung von Mehrvergleichen in gerichtlichen Verfahren sowie Reisekosten. **8**

Immer öfter treten Probleme bei Vorliegen einer **Rechtsschutzversicherung** auf. Auch hier gesellt sich zu der Frage der Deckung an sich die des Umfangs, da nach den inzwischen fast unüberschaubaren ARB zahlreiche Leistungen ausgeschlossen sind. Umso wichtiger ist es auch hier, vorab den Mandanten entsprechend zu belehren, um nicht Gefahr zu laufen, auf einen Teil der wohlverdienten Vergütung verzichten zu müssen. **9**

§ 2 Allgemeiner Teil

A. Auftrag

Wie bereits einleitend dargelegt, kann gar nicht oft genug die Bedeutung des Mandantenauftrags betont werden. Denn wie die Erfahrung zeigt, weiß man immer sehr gut, was alles gemacht wurde, kann aber zu selten den eigentlichen Auftrag des Mandanten, der Grundlage jeder Abrechnung ist, in wenigen Worten zusammenfassen. Dies mag in den meisten Fällen gut gehen, wenn die Sache eindeutig ist, aber eben nicht immer. Denn: **Ohne Auftrag keine Gebühren!** Und da genau dieselbe Tätigkeit je nach Art und Umfang des Auftrags vollkommen verschiedene Gebühren auslösen kann, kann dies zu erheblichen Gebührendifferenzen führen. So macht es beispielsweise einen deutlichen Unterschied, ob ein Beratungs-, außergerichtlicher Vertretungs- oder auch unbedingter Verfahrensauftrag vorlag¹ bzw. ob es sich um einen neuen Auftrag und damit eine neue Angelegenheit oder nur eine Auftragsweiterung handelt.²

Der Auftrag ist u.a. maßgeblich für:

- die Anzahl der Angelegenheiten,
- die Art der Gebühren (§ 34 RVG, Geschäftsgebühr oder Verfahrensgebühr?),
- den Gegenstandswert.

I. Vollmacht ist kein Beweis

Oft wird dann auf die Vollmacht verwiesen. Diese kann jedoch allenfalls ein Indiz für den erteilten Auftrag sein. Vorsicht ist insbesondere bei der in der Praxis üblichen generellen Vollmacht geboten, vor allem wenn der Gegenstand sehr unbestimmt bezeichnet ist, beispielsweise mit „Ansprüche ggü. X“, „Scheidung“ etc.

Der **Auftrag** ist jedoch **streng von der Vollmacht zu unterscheiden**. Während der Auftrag das Innenverhältnis zwischen Mandant und Rechtsanwalt regelt, wirkt die Vollmacht nur im Außenverhältnis und reicht oft – auch aus Vereinfachungsgründen – wesentlich weiter als der eigentliche Auftrag. Eine umfassende vom Mandanten unterschriebene Vollmacht lässt daher keine Rückschlüsse auf den Umfang der Beauftragung zu.³

II. Darlegungs- und Beweislast

Auch wenn es zunächst mühsam erscheint, in der Alltagssituation aus dem oft aufgeregten Mandanten den konkreten Auftrag herauszukitzeln und sich zunächst mit

1 BGH, Urt. v. 24.2.2022 – VII ZR 320/21, AGS 2022, 215 m. Anm. *Hansens*.

2 BGH, Urt. v. 29.10.2020 – IX ZR 264/19, AGS 2021, 262 = AnwBl Online 2021, 29.

3 OLG Düsseldorf, Urt. v. 27.6.2014 – I-4 U 3/13, 4 U 3/13.

den „Förmlichkeiten“ abzugeben, statt sich direkt in die Arbeit zu stürzen, kann nicht dringend genug geraten werden, den Auftrag und die Vorstellungen des Mandanten zu hinterfragen und in einem Gesprächsvermerk über Inhalt und Verlauf zu dokumentieren. So kann späterer, viel zeitaufwändigerer Ärger vermieden werden. Bei Gebührenstreitigkeiten trägt der Anwalt die Darlegungs- und Beweislast für den erteilten Auftrag. Eine Dokumentation in der Akte bietet sich aber im Übrigen auch schon deshalb an, da in der Praxis oft die Abrechnung durch die Mitarbeiter erfolgt und diese in der Regel beim Mandantengespräch nicht dabei waren. Dadurch läuft man auch Gefahr, Gebühren zu verschenken.

4

Praxistipp

Es ist ratsam, sich vom Mandanten ein Auftragschreiben unterzeichnen zu lassen. Im Idealfall wird dem Mandanten nach Mandatsannahme, wenn die Erinnerung noch frisch ist, ein entsprechendes Bestätigungsschreiben übersandt. Damit ließen sich zudem mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen. Zum einen kann darin die Besprechung kurz zusammengefasst und der erteilte Auftrag festgehalten werden. Erhebt der Mandant dagegen keine Einwände, ist dies für eine eventuelle spätere Streitigkeit eine gute Grundlage. Zum anderen können gleich weitere erforderliche Unterlagen angefordert und ggf. eine Vorschussrechnung beigefügt werden. Und auch das psychologische Moment ist nicht zu unterschätzen: Der Mandant stellt fest, dass sich der Anwalt unmittelbar mit seiner Sache befasst hat und ist erstmal beruhigt.

B. Angelegenheit

5

Ein absoluter Klassiker bei den Gebührenfragen im Alltag ist die Frage nach der Anzahl der gebührenrechtlichen Angelegenheiten. Diese hat besondere Relevanz, da die gesetzlichen Gebühren nach § 15 Abs. 1 RVG die gesamte Tätigkeit des Rechtsanwalts vom Auftrag bis zur Erledigung der Angelegenheit entgelten, soweit das RVG nichts anderes bestimmt. In Ergänzung regelt § 15 Abs. 2 RVG ausdrücklich, dass der Rechtsanwalt die Gebühren in derselben Angelegenheit nur einmal fordern kann. Liegen hingegen mehrere Angelegenheiten vor, fallen die Gebühren jeweils gesondert an.

Umso ärgerlicher ist, dass es auf die Frage nach der Anzahl der Angelegenheiten nicht immer eine klare Antwort gibt. Dies hat verschiedene Ursachen. Zum einen fehlt es an einer gesetzlichen Definition und zum anderen kommt es auch hier wieder auf den Auftrag an. Im Rahmen der Erstattung ist dann noch die Frage der Notwendigkeit eines getrennten Vorgehens zu prüfen.

I. Begrifflichkeit

Da sich das Vorliegen mehrerer Angelegenheiten erheblich auf die Höhe der Gebühren auswirkt, ist es umso problematischer, dass es sich um einen unbestimmten Rechtsbegriff handelt und die Angelegenheit gesetzlich nicht definiert ist. **6**

1. Gerichtliches Verfahren

Im gerichtlichen Bereich ist die Bestimmung noch verhältnismäßig einfach. Hier gilt zunächst nach der ganz herrschenden Meinung der Grundsatz: **7**

- ein gerichtliches Verfahren = eine Angelegenheit,
- mehrere gerichtliche Verfahren = verschiedene Angelegenheiten.⁴

Bis auf ganz wenige Ausnahmen stellt daher jedes gerichtliche Verfahren eine eigenständige Angelegenheit dar, selbst wenn ein Begehren in mehreren Verfahren verfolgt wird. Dasselbe gerichtliche Verfahren ist hingegen grundsätzlich immer eine einheitliche gebührenrechtliche Angelegenheit, selbst wenn es darin um verschiedene Ansprüche von mehreren Parteien geht. Auch das BVerfG hat hierzu festgestellt, dass es für ein Tätigwerden „in derselben Angelegenheit“ im gerichtlichen Verfahren regelmäßig schon genüge, dass die Begehren mehrerer Auftraggeber einheitlich in demselben Verfahren geltend gemacht werden und zwischen ihnen ein innerer Zusammenhang besteht.⁵ Dies gilt auch dann, wenn mehrere Auftraggeber einen Rechtsanwalt an unterschiedlichen Tagen beauftragen.⁶

Besondere Aufmerksamkeit sollte dabei aber auch den gesetzlichen Regelungen §§ 16 bis 19 RVG gelten. Darin hat der Gesetzgeber für bestimmte Konstellationen – fast ausschließlich für den gerichtlichen Bereich – die Frage der Angelegenheit teilweise geklärt. Während § 16 RVG die Sonderfälle regelt, in denen ausnahmsweise mehrere prozessuale Verfahren dieselbe gebührenrechtliche Angelegenheit sind, legen §§ 17 und 18 RVG fest, wann verschiedene bzw. besondere Angelegenheiten vorliegen. § 19 RVG regelt schließlich, welche Tätigkeiten, die mit dem Verfahren zusammenhängen, mit zum Rechtszug gehören und daher nicht gesondert abgerechnet werden können. **8**

4 Insbesondere in der Sozialgerichtsbarkeit wird auch bei mehreren Parallelverfahren teilweise nur von einer einheitlichen Angelegenheit ausgegangen. Dabei wird allerdings verkannt, dass es sich hier nicht um eine Frage der Angelegenheit, sondern um eine solche der Notwendigkeit getrennten Vorgehens und damit der Erstattungsfähigkeit handelt. Zutreffend LSG Bremen, Beschl. v. 10.6.2020 – L 7 AS 1/18 B.

5 BGH, Beschl. v. 26.9.2018 – VII ZB 54/16, AGS 2018, 443 = AnwBl Online 2019, 76; BGH, Beschl. v. 24.3.2016 – III ZB 116/15; BVerfG, Beschl. v. 4.12.2013 – 1 BvQ 33/11.

6 BGH, Urt. v. 21.6.2011 – VI ZR 73/10.

2. Außergerichtliche Tätigkeit

- 9 Sehr viel problematischer gestaltet sich die Sache bei der außergerichtlichen Tätigkeit. Hier gibt es erhebliche Schwierigkeiten, die Ursprung vieler Gebührenstreitigkeiten sind. Die §§ 16 ff. RVG helfen dabei nicht wirklich weiter. Hervorzuheben ist allerdings die Regelung des § 17 Nr. 1a RVG, wonach das Verwaltungsverfahren und das einem gerichtlichen Verfahren vorausgehende und der Nachprüfung des Verwaltungsakts dienende weitere Verwaltungsverfahren sowie das Verwaltungsverfahren auf Aussetzung oder Anordnung der sofortigen Vollziehung⁷ verschiedene Angelegenheiten sind. Dies wird häufig nicht berücksichtigt. Damit wird zwar kein Streit mit dem Mandanten ausgelöst, aber viel Geld verschenkt.
- 10 Eine gesetzliche Festlegung darüber hinaus wäre wünschenswert, ist aber nicht realisierbar. Die Fallkonstellationen im außergerichtlichen Bereich sind so vielseitig, dass eine Erfassung aller Varianten unmöglich ist. Und wie in der Juristerei üblich, gilt auch hier: Es kommt darauf an! Daher bleibt es der Rechtsprechung vorbehalten, den Begriff mit Leben zu füllen. Rechtssicherheit schafft das jedoch nicht. Im Zweifel kann auch an eine Vergütungsvereinbarung zwecks Vereinbarung über die Anzahl der Angelegenheiten gedacht werden.

a) Definition des BGH

- 11 Nach der ständigen Rechtsprechung des BGH lässt sich die Frage nach der Angelegenheit nicht allgemein, sondern nur im Einzelfall unter Berücksichtigung der jeweiligen Umstände beantworten, wobei insbesondere der Inhalt des erteilten Auftrags maßgebend ist. Weisungsgemäß erbrachte anwaltliche Leistungen betreffen in der Regel dieselbe Angelegenheit, wenn zwischen ihnen ein innerer Zusammenhang besteht und sie sowohl inhaltlich als auch in der Zielsetzung so weitgehend übereinstimmen, dass von einem einheitlichen Rahmen der anwaltlichen Tätigkeit gesprochen werden kann. Die Annahme einer Angelegenheit im gebührenrechtlichen Sinne setzt dabei nicht voraus, dass der Anwalt nur eine Prüfungsaufgabe zu erfüllen hat. Von einem einheitlichen Rahmen der anwaltlichen Tätigkeit kann vielmehr auch dann gesprochen werden, wenn der Anwalt zur Wahrnehmung der Rechte des Mandanten verschiedene, in ihren Voraussetzungen voneinander abweichende Anspruchsgrundlagen zu prüfen oder mehrere getrennte Prüfungsaufgaben zu erfüllen hat. Denn unter einer Angelegenheit im gebührenrechtlichen Sinne ist das gesamte Geschäft zu verstehen, das der Rechtsanwalt für den Auftraggeber besorgen soll.⁸

7 BVerwG, Beschl. v. 16.1.2012 – 1 WDS-KSt 2/11.

8 U.a. BGH, Urt. v. 29.10.2020 – IX ZR 264/19, AGS 2021, 262 = AnwBl Online 2021, 29; BGH, Urt. v. 22.1.2019 – VI ZR 402/17, AGS 2019, 173; BGH, Urt. v. 8.5.2014 – IX ZR 219/13, AGS 2014, 263.